

Illegale Einwanderung ist eine soziale Zeitbombe



Die Alpenüberquerung

auf Schusters Rappen war ein unvergeßliches Erlebnis, schwärmen Freunde von ihren Ferienerlebnissen. Die Bahnfahrt zurück von Bozen nach München leider auch: Der Eurocity vollgestopft mit präpotenten männlichen Jungafrikanern ohne Platzkarte, aber dafür mit neuesten Smartphones – Lampedusa-„Flüchtlinge“ auf dem Weg zu den besser gefüllten Sozialkassen des Nordens.

Kein Zufallseindruck, diese Momentaufnahme: An einem Dienstag im August haben Bundes- und bayerische Landespolizei bei einer gemeinsamen Kontrolle in zwei aus Italien kommenden Zügen mehr als 200 „unerlaubt einreisende“ Nord- und Westafrikaner aufgegriffen. Und natürlich hat man sie nicht postwendend in den nächsten Zug zurück in den Süden gesetzt, sondern fürsorglich in bayerische Aufnahmeeinrichtungen für „Flüchtlinge“ eskortiert.

Man kann den Deutschen nach Herzenslust auf der Nase tanzen

Jedem wird so lang und so fest auf der Nase herumgetanzt, wie er es zuläßt. Daß man auf der breiten Nase des deutschen Wohlfahrtsstaates ziemlich lange und nach Herzenslust Samba tanzen kann, hat sich inzwischen weltweit herumgesprochen. 25.670 Illegale hat die Polizei 2012 aufgegriffen, 32.533 –

plus 27 Prozent – 2013, von Januar bis Juli dieses Jahres auch schon wieder 29.000. Und das sind nur die, die bei stichprobenartigen Kontrollen im Europa der offenen Grenzen zufällig erwischt werden.

Sehenden Auges nehmen die Verantwortlichen hin, daß durch massenhafte illegale Einwanderung unter Mißbrauch des Asylrechts eine soziale Zeitbombe scharf gemacht wird. Massenschlägereien und steigende Kriminalitätsraten in der Umgebung von Unterkünften gehören zu den alltäglichen Nebenwirkungen. Die Ausgangslage erinnert an die frühen neunziger Jahre. Damals allerdings reagierte man schließlich auf den wachsenden Unmut der Bürger mit dem Asylkompromiß, der die größten Mißbräuche abstellte.

Die Drittstaatenregelung ist nur noch eine Farce

Der ist freilich längst durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Die Drittstaatenregelung, von abschiebeunwilligen Richtern, Politikern und Asylfunktionären systematisch sabotiert, ist durch den erzwungenen Verzicht auf Grenzkontrollen nur noch eine Farce. Die Staaten, denen eigentlich die Kontrolle der EU-Außengrenzen obläge, reichen die aufgesammelten Illegalen einfach nach Deutschland weiter, das mit den höchsten Versorgungssätzen lockt.

Für die tatsächlich Verfolgten, die in der Masse der Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten untergehen, bleiben dann kaum noch Platz und Verständnis übrig. In einer Mischung aus Naivität und Verachtung gegenüber dem eigenen Volk spielen Asyl-Lobby, Sozialindustrie und Moralpolitiker ein gefährliches Spiel mit der Eselsgeduld der eigenen Landsleute. Gutgehen kann das auf Dauer nicht.

Der Original-Artikel von Michael Paulwitz ist in der JUNGEN FREIHEIT erschienen. Vor kurzem haben sich die Bundesländer auf eine deutschlandweit einheitliche Erhöhung der Bezüge von

Asylanten geeinigt. In Zukunft sollen Asylbewerber etwa die Hälfte mehr Geld bekommen, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Aufgrund einer völlig verantwortungslosen und selbstverschuldeten Bevölkerungsexplosion wird sich alleine in Afrika die Anzahl der Menschen von aktuell rund 1,1 Milliarden bis 2050 verdoppeln. Die Europäer werden (schneller als sie denken können) in ihren eigenen Ländern zu ethnischen Minderheiten.

Frau bespuckt, weil sie über Israel sprach



Wolfsburg. Diesen Einkauf im Heinenkamp vergisst eine 54-jährige Flechtorferin [Foto] sicher nie. Eine andere Kundin beschimpfte sie zunächst an der

Supermarkt-Kasse, auf dem Parkplatz wurde die 54-Jährige anschließend bespuckt und bedroht. Hintergrund: Die Flechtorferin hatte sich mit ihrer Tochter an der Kasse über Israel unterhalten, das erzürnte vor dem Hintergrund des Gaza-Konflikts eine andere Kundin, die aus Palästina stammt.

Israel, so schimpfte die Palästinenserin, sei ein rotes Tuch für sie, niemand dürfte das Wort in ihrer Gegenwart aussprechen – dann eskalierte der Streit bis zur Verfolgung und der Spuck-Attacke auf dem Parkplatz. Das Opfer sei auch noch von drei Begleitern der Frau belästigt worden, sie habe

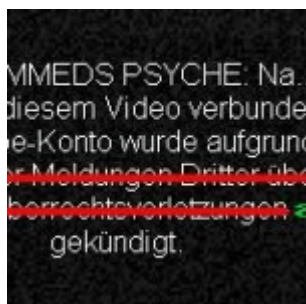
sich „bedroht gefühlt“. Ein Mann aus der Gruppe habe ihr und ihrer Familie den Tod gewünscht, eine Frau bespuckte sie – mit „schönen Grüßen von der Hamas“.

Dr. Mohamed Kodja, Vorsitzender des Islamischen Vereins, mahnt auch vor dem Hintergrund des Gaza-Konflikts: „Die betroffene Frau hat ein privates Gespräch geführt, da kann sie erzählen, was sie will.“ Dr. Kodja will im Islamischen Zentrum anregen, den unschönen Vorfall beim Freitagsgebet anzusprechen.

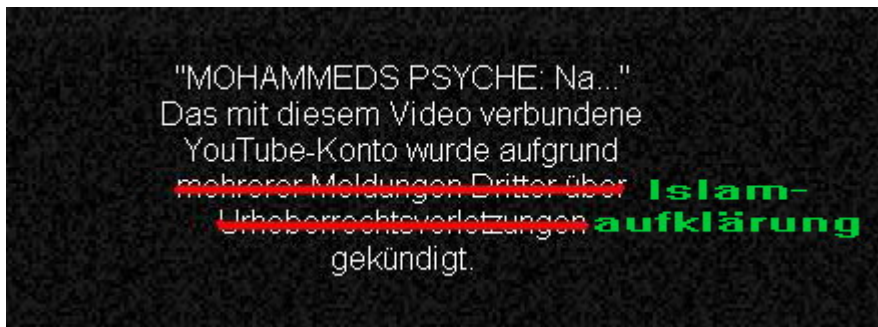
Die 54-Jährige aus Flechtorf interessiert sich für das Land Israel, trägt eine Kette mit Davidstern um den Hals. Vielleicht habe sie die Palästinenserin damit unbewusst provoziert, „aber wir leben in einem freien Land, in dem ich meine Meinung frei äußern darf“. Dass die Situation so eskalierte, damit habe sie nicht gerechnet.

Das Opfer hätte die Polizei rufen müssen, sagt Polizeisprecher Thomas Figge. „Hier geht es offenbar um eine Körperverletzung und weitere Straftaten“ – die Polizei wäre in solch einem Fall eingeschritten.

(Da kann man sich in der heutigen Zeit gar nicht mehr so sicher sein! Artikel übernommen von der Wolfsburger Allgemeinen)



YouTube kündigt Video-Konto von Al Hayat TV



YouTube hat vor einigen Tagen das Video-Konto des Islamaufklärungssender Al Hayat TV abgeschaltet. Wie konnte das

passieren? Jemand meldete sich bei YouTube und warf dem Kanal vor, seine und allgemeine Urheberrechte zu verletzen. Im speziellen warf er Al Hayat TV vor, im Video über Mohammed zwischen Prophetie und Epilepsie urheberrechtlich geschütztes Material verwendet zu haben. Dies ist natürlich nicht wahr. Das Video bedient sich ausgewählter Ausschnitte aus einer arabischen Sendung von dem Mutterkanal HayatTV mit dem Moderator Rashid, der es übrigens sehr begrüßte, die arabische Sendung ins Deutsche zu übersetzen und auszustrahlen. Auch der Direktor des Mutterkanals, Abu Ali, begrüßte das Vorhaben der Übersetzung sehr.

Warum ist es aber nun nicht so einfach, die Tatsachen bei YouTube klarzustellen? YouTube verlangt die Veröffentlichung von Adresse und Telefonnummer des Kanalinhabers, die demjenigen zur Verfügung gestellt werden sollen, der die Urheberrechtverletzung bei YouTube meldete. Der deutsche Hayat TV-Kanal ist aber eine private Initiative von Freunden des arabischen Mutterkanals, deren Kontaktdaten vor Aggressoren zu schützen sind, die dem Prinzip folgen, dass eine Kritik am Propheten Mohammed und dem Islam eine Beleidigung ist, die mit dem Tod zu bestrafen sei.

Jedem, der die Inhalte des Kanals kennt, wird unmittelbar klar, dass es sich um einen Angriff auf die freie Meinungsäußerung und in gewissem Sinne einem Angriff auf die

Pressefreiheit handelt. Denn der Kanal strahlt ausschließlich selbst produziertes Material aus. Inhaltlich versucht der Kanal – in Abgrenzung zu den „Mainstream“-Medien – durch eine Aufklärung von kritischen Inhalten des Islams, Erklärungen für Probleme zu erarbeiten, für die es in den Diskussionen der „Mainstream“-Medien keine Erklärungen gibt, da sie die Wurzel des Problems nicht ansprechen wollen oder dürfen. Die Wurzel des Problems sind feststehende sunnitisch-islamische Glaubensdogmen. Dies auszusprechen und diese zu erklären, ist der wahre Grund der Schließung des Kanals, keine Urheberrechtsverletzungen.

Das Al Hayat TV-Team versucht, die Videos schnellstmöglich wieder auf YouTube verfügbar zu machen. Aktuelle Infos dazu gibt hier.



Berlin: „Die linksautonome Szene will die Innenstadt terrorisieren und tyrannisieren“



Auch am zweiten Tag nach dem Brandanschlag auf die S-Bahn mussten tausende Berliner Verzögerungen und Umleitungen bei ihrem Weg durch die Stadt in Kauf

nehmen. Quer durch alle Parteien wurde der Anschlag vom Donnerstagmorgen verurteilt, zu dem sich eine linksradikale Gruppe bekannt hatte. „Das ist ein Anschlag auf unser Zusammenleben, der Berlin offensichtlich gezielt schaden und verunsichern soll“, sagte Innensenator Frank Henkel. „Die linksautonome Szene will die Innenstadt terrorisieren und tyrannisieren“, sagte der SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber, Sprecher seiner Fraktion für Verfassungsschutz...

Die Brandstifter waren wie (auch von PI) berichtet in der Morgendämmerung gekommen, kurz vorm Einsetzen des Berufsverkehrs. Nur eine „handelsübliche Menge Benzin, gepaart mit zwei Zeitzündern“, so das Bekenner schreiben, hatten die Täter dabei.

Sie kletterten an der Elsenbrücke über einen Gitterzaun und standen wenig später auf den S-Bahn-Gleisen zwischen den Bahnhöfen Treptower Park und Ostkreuz. Dann hoben sie eine Betonplatte von einem Kabelschacht und legten Feuer. Ein Signalkabel ging in Flammen auf, ein Stellwerk fiel aus, Berlin versank erneut im S-Bahn-Chaos. Die Täter hatten leichtes Spiel – genau wie ihre Vorgänger, die im Mai 2012 an gleicher Stelle ein Feuer gelegt hatten. Auch damals kam es zu Zugausfällen...

(Die Polizei ist gegen die linken Verbrecher machtlos! Weitere Einzelheiten beim Tagesspiegel!)

Willkommen in der Wirklichkeit, Deutsche!

Das deutsche Kabinett denkt über Massnahmen nach, wie es den sogenannten Sozialtourismus vermeiden kann, also die Tatsache, dass offenbar auch in Deutschland nicht nur Leute einwandern, die Arbeit suchen und finden, sondern auch zusehends Immigranten aus der EU auftauchen, die geradewegs ins Sozialsystem wechseln. Wir leben in interessanten Zeiten. In Deutschland, wo das Volk noch nie darüber abstimmen durfte, ob es die Personenfreizügigkeit mit Europa will oder nicht: Selbst in Deutschland ist das Thema Immigration zu einem politischen Gegenstand erster Ordnung aufgerückt.

Wie dramatisch die Lage eingeschätzt wird, lässt sich daran ablesen, dass die Regierung überhaupt reagiert. Üblich ist es in Berlin nicht, auf allfälliges Rumoren in der Bevölkerung allzu rasch einzugehen. Selbstverständlich stellt die Regierung die Personenfreizügigkeit nicht zur Disposition. Man sieht sich zu Korrekturen gezwungen. An einer Pressekonferenz stellten die zuständigen Minister diese Woche in Berlin die Vorschläge ihrer Regierung vor und bemühten sich, jedes Anzeichen von Panik zu zerstreuen...

(Ein sehr guter Kommentar von Markus Somm heute, Chefredaktor Basler Zeitung!)



Die unverschämte westliche Kriegstreiberei geht weiter: Ukraine in die NATO!

☒ Was will uns BILD mit diesem Bild sagen? Sollen wir schießen, schießen, schießen? Ganz offensichtlich! Die durchgeknallte Springer-Presse hetzt immer unverschämter. Alles, was NATO, Obama und die EU daherlügen und an zum Himmel stinkender, doofer Propaganda bringen, soll der Leser als absolute Wahrheit schlucken, und die satten russischen Mehrheiten in der Ostukraine und auf der Krim zählen nichts – Putin sowieso nicht. Jetzt soll die Ukraine unverschämterweise nicht nur in die EU, eine Forderung, mit der das ganze Gemetzel gestartet wurde, sondern auch noch in die NATO!

Hier ein paar sprechende Links nur aus den letzten drei Tagen. Die Titel sagen schon alles:

- » WELT: Wladimir Putin führt einen niederträchtigen Krieg!
- » WELT: „Der dritte Weltkrieg findet doch schon statt“!
- » WELT: Was Putin mit den IS-Terroristen gemeinsam hat!
- » WELT: Auch innerlich entfernt sich Russland vom Westen!
- » WELT: Nato „respektiert“ Wunsch der Ukraine nach Aufnahme
- » BILD: Ukraine braucht die NATO!
- » BILD: Kein Gas-Geld für Putin!
- » BILD: NATO plant Manöver in Polen!

Und die Kriegstreiber vom Main:

- » FAZ: Komorowski warnt den Westen vor Appeasement-Politik!
- » FAZ: Putins gezinkte Karten!
- » FAZ: Ein nicht erklärter Krieg!
- » FAZ: Reichen Sanktionen noch aus?

Wenn dieses wochenlange Trommelfeuer keine Kriegshetze ist, was dann? Könnt ihr nicht mal eure geifernden Klappen halten, ihr kopflosen NATO-Lakaien? Vielleicht darf man auch mal daran erinnern, daß Russland sicher noch genug Nuklearraketen hat, um den Springer-Verlag und die ganze kriegslüsterne deutsche „Qualitätspresse“ samt Personal atomar zu pulverisieren! Ich würde dieser verlogenen Bagage im übrigen keine Träne nachweinen!

VW-Golf als Wohnung für fünfköpfige Familie

In Berlin fand die Polizei in der Nacht zu Freitag einen völlig verdreckten VW-Golf, voll mit Garderobe, Taschen – und drei Kleinkindern samt Mutter. Der Vater war zunächst nicht anwesend, doch bei seinem Eintreffen stellte sich heraus, dass er per Haftbefehl gesucht wurde. Alle fünf Ausländer nutzten ganz offensichtlich den Kleinwagen seit einiger Zeit als Wohnung, eine Meldeanschrift haben sie nicht.

Bild schreibt:

Am späten Abend hatten Passanten Kindergeschrei aus dem Wagen gehört und gegen 23 Uhr die Polizei alarmiert. Als die Beamten am Wagen ankamen, entdeckten sie im Inneren einen 4-jährigen Jungen, ein eineinhalbjähriges Mädchen und ein 7 Monate altes Baby.

Im hinteren Fußraum schlief zudem eine Frau (24), die erst durch das Eintreffen der Polizisten wach wurde. Sie sagte nach Polizeiangaben in gebrochenem Deutsch, dass sie die Mutter der Kinder sei. Papiere konnte sie laut Polizei aber weder für die Kleinen, noch für den Wagen vorweisen.

Die Frau gab an, dass ihr Ehemann (42) unterwegs sei, um Wasser zu besorgen. Wenig später kam dieser allerdings ohne Getränke zum Auto zurück. (...)

Nun macht sich die Polizei daran, die Familienverhältnisse und die Eigentumsverhältnisse des Pkw zu klären. Die beiden Erwachsenen erwartet ein Ermittlungsverfahren wegen Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht.

Diese Familie dürfte wohl in allen Statistiken des Zensus fehlen, und wie sie zu dem Nötigsten zum Leben und zu dem Fahrzeug gekommen ist, kann man sich lebhaft ausmalen. In jedem Fall dürften wir wenigstens erwarten, dass die zugewanderten Spitzenfachkräfte auch ein wenig von Wohnkultur und Zivilisation verstehen, aber das gehört vermutlich nicht zum Ausbildungskanon eines Herzchirurgen und eines Atomphysikers, also müssen wir wohl über diese Kleinigkeit kultursensibel hinwegsehen.

**taz darf blu-News nicht
„neonazistisch“ nennen**



Die linke Tageszeitung (taz) hatte im Juni 2013 blu-NEWS diffamiert. Ihre Journalistin Marlene Halser hatte blu-NEWS in einem Artikel als „neonazistisch“ bezeichnet. Zwar ruderte die taz in der Onlineausgabe zurück und bedauerte den Fehler. Doch in der gedruckten Ausgabe der taz erfolgte eine solche Richtigstellung nicht. Nun wurde der taz durch das Landgericht München verboten, solch eine Schmähung in Bezug auf blu-NEWS noch einmal zu verbreiten. Andernfalls wird eine Strafe von bis zu 250.000 Euro fällig. *(Hier gehts weiter)*

Kurz vor Landtagswahl: Sächsischer Staatsanwalt ermittelt gegen Petry (AfD)

Die Staatsanwaltschaft Leipzig stinkt doch zehn Meter gegen den Wind. Zwei Tage vor den Landtagswahlen wird „zufällig“ bekannt, daß die Behörde nach eigenen Angaben „seit geraumer Zeit“ im Zusammenhang mit Petrys Firma Purinvent wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung ermittelt. So blöd sind aber die wahlberechtigten Bürger nirgends mehr, daß sie das einfältige Manöver der Herrschenden nicht riechen. Einfach die Kommentare in der FAZ mit den höchsten Bewertungen lesen!

Video: Bürgerbegehren gegen Münchner Islamzentrum im französischen Internet-TV



Am Mittwoch Abend wurde im französischen Internet-Fernsehen „TV Libertés“ um 19 Uhr eine Reportage über das Bürgerbegehren gegen das geplante Islamzentrum in München gesendet. Der belgische Journalist Lionel Baland hatte bei einem Infostand der FREIHEIT ein Interview aufgenommen und mit weiteren Filmsequenzen nach Frankreich geschickt. TV Libertés setzt sich seit Januar dieses Jahres für die Verteidigung der Kultur und Werte Frankreichs im Herzen der europäischen Nationen ein. Im Team befindet sich auch Robert Ménard, Gründer und ehemaliger Präsident von „Reporter ohne Grenzen“.

(Von Michael Stürzenberger & Gernot Tegetmeyer)

Nachdem französische TV-Sender nur am Rande und abwertend über drei Massendemonstrationen berichteten, bei denen jeweils über eine Million Menschen aus allen Gesellschaftsschichten gegen die Öffnung der Ehe und Adoption für gleichgeschlechtliche Paare auf die Straßen von Paris gingen, fiel der Startschuss

für „TV Libertés“. Journalisten fanden sich zusammen, um ein politisch inkorrektes Programm auf die Beine zu stellen, das kritisch über Gender Mainstream, Massenzuwanderung und Islamisierung berichtet. Hier das Video der Sendung über das Münchner Bürgerbegehren gegen das geplante Islamzentrum:

Hier das Interview im deutschen Original, das Lionel Baland führte:

Solch einen informativen Bericht über das Bürgerbegehren gab es in der Münchner Medienlandschaft bisher noch nicht. Immerhin kam zum gestrigen Infostand im Münchner Stadtviertel Haidhausen ein Fotograf der BILD-Zeitung und knipste eifrig. Auf den Artikel sind wir gespannt.



Heute sammelte das Team der FREIHEIT an zwei Infoständen 280 Unterschriften. Wir befinden uns auf der Zielgeraden unseres Bürgerbegehrens und werden in den nächsten Tagen die 50.000er Grenze überschreiten.



Migrant sein in Deutschland ist süß



Nach landläufiger Meinung war Diabetes Typ 2 bisher eine Wohlstandskrankheit. Falsche Ernährung, Bewegungsarmut und zu hohes Körpergewicht

zählen zu den Ursachen der Krankheit. Vorsichtig formuliert ist an einer Erkrankung an Diabetes Typ 2 der Kranke also nicht ganz unschuldig.

(Von Zallaqa)

Was passiert, wenn die Statistik nun feststellt, dass der Anteil der Zuckerkranken unter den Migranten mit rund 14 % doppelt so hoch ist wie unter der einheimischen Bevölkerung? Zuverlässige Untersuchungen zu den Ursachen für die Werte gibt es nicht. Die Schlussfolgerung, dass der Wohlstand bei Migranten doppelt so hoch ausgeprägt sein muss als bei den Einheimischen, dürfte sich aufgrund der selbstgewählten Opferrolle von Migranten wohl vollkommen ausschließen. Auch kann es natürlich nicht sein, dass Migranten in Deutschland an irgendetwas eine Schuld tragen. Also muss es andere Ursachen

geben:

Tatsächlich heißt es in Studien bislang lapidar, Migranten litten häufig unter erhöhten psychischen Belastungen. Dass es einen Zusammenhang mit dem Grad der Integration geben muss, legt der Umstand nahe, dass die Prävalenz in der Türkei selbst nicht höher ist als in Deutschland.

Besonders schlimm für Migranten ist natürlich auch die Tatsache, dass Erkrankungen von ihnen als gottgegeben hingenommen werden und eine Prävention wegen kultureller und sprachlicher Probleme nicht stattfindet. Offensichtlich scheint die Vergleichsgruppe in der Türkei hier nicht den gleichen Grad an Religiosität aufzuweisen, da es dort ja sonst mindestens einen Anteil von 99 % Typ 2 Diabetes geben müsste.

Entgegen aller Unlogik nimmt sich die Deutsche Diabetes-Hilfe nun des Problems an und fährt mit dem Infomobil und einer Besatzung aus türkischen Diabetes-Beraterinnen in die Migrantenhochburgen. Eine Bringschuld mehr also und daher gefördert durch das Bundesgesundheitsministerium! Wie könnte so eine Beratung oder Prävention speziell für Migranten aussehen? Ej Opfas, hab isch paar Tipps für Euch...



Ukraine: EU vertritt Machtanspruch der USA

Der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski äußerte im April diesen Jahres gegenüber seinen deutschen und französischen Amtskollegen den Wunsch einer Stationierung von 10.000 zusätzlichen Nato-Soldaten. Die polnische Armee solle innerhalb von zehn Jahren mit 30 Milliarden Euro modernisiert werden. Die Unruhe, die die 40.000 russischen Soldaten an der Grenze zur Ukraine hervorrufen, scheint auf gegenseitigen Respekt zwischen dem größer werdenden amerikanischen Verteidigungsbündnis und Russland zu fußen. Nachdem seit der Wiedervereinigung Deutschlands mehr als zehn ehemalige Warschauer Pakt-Staaten in die NATO eingetreten sind, scheinen die russischen Ängste bezüglich einer Zugehörigkeit der Ukraine nachvollziehbar.

(Von Thom)

Die Verlässlichkeit Deutschlands, die laut Aussage der Kanzlerin bei der Jahrestagung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) 2010 in Bezug auf das Scheitern des Bahnhofausbaus Stuttgart 21 gefährdet sei, scheint bei dem außenpolitischen Schlingerkurs gegenüber Russland keine Rolle zu spielen. Obwohl der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung eine Ausdehnung der NATO in Richtung Osten ausdrücklich ausschloss, adelte Ex-Außenminister Guido Westerwelle im Dezember 2013 den Berufsboxer Vitali Klitschko durch seine

Anwesenheit in der Ukraine, als dieser durch Boykott des Parlaments die Forderungen seiner Partei durchsetzen will. Der russischen Titulierung dieses Vorgangs als „Einmischung von Außen“ konnte der deutsche Diplomat nicht folgen. Eine passendere Bezeichnung für die Teilnahme eines ausländischen Außenministers an einer oppositionellen Demonstration, ist mir jedoch nicht geläufig.

Die von Vitali Klitschko 2010 gegründete UDAR-Partei befürwortet den Beitritt zur Europäischen Union und setzt sich aus Politikern verschiedener Richtungen zusammen. Die Finanzierung der ukrainischen Parteien basiert ausschließlich auf der Unterstützung von Unternehmen und Privatpersonen. Da eine breite Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge oder Wirtschaftsaktivität aus Kapital vergangener Zeiten ausscheidet, sind die jungen Parteien im Nachbarland Polens von Unternehmensoligarchen und deren Interessen geprägt, wie man an derzeitigen Regierungsmitgliedern erkennt. Die UDAR-Partei Vitali Klitschkos kann sich aber auf gute Kontakte zu der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung verlassen. Der ehemalige Büroleiter in Kiew, Nico Lange, wird auf der Homepage der Stiftung im Januar 2011 wie folgt zitiert: „Die Unterstützung demokratischer Kräfte in der Ukraine ist nicht einfach. Die UDAR bietet für uns die Chance, dies mit einer neuen politischen Kraft zu tun“. Noch deutlicher wird der CDU-Landtagsabgeordnete von Nordrhein-Westfalen, Werner Jostmeier. Er verkündet im Dezember 2012 auf seiner Homepage wörtlich: „Klitschko wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung damit beauftragt, in der Ukraine eine christlich-konservative Partei unterstützend mit auf die Beine zu stellen und zu etablieren.“ Der Text wurde am 9. Dezember 2013 abgeändert und steht nur noch in Webarchiven zur Verfügung.

Das Alles erinnert an das Interview im April 2013 des bestens vorbereiteten Chefredakteurs Jörg Schönenborn. Darin rechtfertigt der russische Präsident ein Gesetz zur Prüfung der in Russland tätigen NGOs auf ausländische Geldströme und

geheimdienstliche Tätigkeiten. Wladimir Putin berichtet darin von 654 Organisationen, die innerhalb von vier Monaten mit knapp einer Milliarde Dollar aus dem Ausland finanziert werden.

Noch offensichtlicher ist die Einflussnahme auf europäischer Ebene. Als EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Juni die Ukraine besucht, stellt er die Begleichung der ukrainischen Gasrechnung mit europäischen Steuergeldern in Aussicht. 4,5 Milliarden Dollar sollen neben den europäischen Kredit-Tranchen in Höhe von insgesamt 1,6 Milliarden Euro fließen. Ende August wollte sich der EU-Kommissar erneut mit dem russischen Energieminister und dem Chef des Energiekonzerns Gazprom treffen. Laut einem Artikel in „Zeit Online“ am 4. März 2014 ist die Ukraine mit insgesamt 23 Milliarden Dollar bei Geldinstituten der EU-Staaten verschuldet.

Der Abschuss der Passagiermaschine des Fluges MH 17 macht deutlich, mit welcher Brutalität die nationalen Interessen vertreten werden. Die Verslossenheit, mit der bis heute Ergebnisse der Untersuchung behandelt werden, verfestigt die These eines Abschusses durch ukrainisches Militär. Bis heute wurden die Wrackteile nicht wie gewöhnlich eingesammelt, um die Maschine zu rekonstruieren, was ein revisionssicheres Ergebnis bedingt.

Die 298 Passagiere sind nur ein Teil der Opfer dieser machtpolitischen Ausdehnung des amerikanischen Bündnispartners. Deutschland finanziert hier auf mehrfacher Ebene die geostrategischen Interessen der USA und schadet durch die Sanktionen gegen Russland zusätzlich seiner eigenen Wirtschaft. Der ahnungslose Boxer und die ahnungslose Kanzlerin spielen dabei nur die kleinen Schachfiguren auf dem strategischen Brett. Mit dem naiven Konzept des Landwirtschaftsministers Christian Schmidt: „An Apple a day keeps the Putin away“ (Meldung auf Spiegel Online am 27.08.20014) wird man dem Konflikt, der bereits Hunderte Menschenleben gekostet hat, nur auf die zynische Art gerecht,

die Wladimir Putin unterstellt wird.